



beratende Mitglieder  
Fernholz, Wilfried

ev. Kirche

bis 18:40 Uhr

Verwaltung  
Dresbach-Bonzel, Beate

**Es fehlten entschuldigt:**

Ratsmitglieder FDP  
Körbel, Emmi

FDP

Sachkundige Bürger CDU  
Serwas, Michael

CDU

beratende Mitglieder  
Rego, Robert

kath. Kirche

**vom Jobcenter Oberberg:**

Herr Oliver Zimmet

**vom Kommunalen Integrationszentrum des Oberbergischen Kreises:**

Herr Dr. Christian Dickschen

**von der Verwaltung:**

Herr Stefan Meisenberg  
Herr Thomas Garn  
Herr Norbert Tesch  
Frau Beate Dresbach-Bonzel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Ausschussvorsitzende das dem Rat nicht angehörende Ausschussmitglied Herrn Wilfried Fernholz gem. § 58 Abs. 2 i.V.m. § 67 Abs. 3 GO NW.

### Öffentliche Sitzung:

<b>1</b>	<b>Leistungen Jobcenter Oberberg; Sachstandsbericht</b>	Drucksache Nr. <b>IV/054/15</b>
----------	---	------------------------------------

Herr Oliver Zimmet, Teamleiter des Jobcenters Oberberg an den Standorten Marienheide und Wipperfürth, informiert den Ausschuss über die Arbeit seiner Dienststelle. In diesem Zusammenhang wird verdeutlicht, dass das Jobcenter Oberberg im Verhältnis zu vergleichbaren Regionen bundesweit zu einem der erfolgreichsten zählt. Der Standort in Marienheide sei erstmalig seit Bestehen nicht mehr das kleinste Center in Oberberg, da die Anzahl der zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften von 300 zu Beginn des laufenden Jahres auf derzeit 350 gestiegen sei. Der starke Anstieg der Fallzahlen sei auf die zunehmende Anzahl der Asylbewerber sowie überproportional viele Zuzüge zurückzuführen. Durchschnittlich würden monatlich 70 Bezugsfälle neu aufgenommen und auch wieder geschlossen, was auch im Zusammenhang mit den im Gemeindegebiet vorhandenen Einrichtungen der Landesklinik und des Frauenhauses zu sehen sei.

Weitere Informationen werden mit der dieser Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation zur Verfügung gestellt.

<b>2</b>	<b>Kommunales Integrationszentrum Oberbergischer Kreis; Information</b>	Drucksache Nr. <b>IV/056/15</b>
----------	---	------------------------------------

Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt Herr Dr. Christian Dickschen, Integrationsbeauftragter des Oberbergischen Kreises, die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums vor.

Er berichtet, dass derzeit 49 Zentren in NRW eingerichtet seien. Das Land übernehme zunächst befristet bis zum 31.12.2017 die entstehenden Personalkosten. Die Arbeitsplatzkosten sowie die Kosten für Projektmittel trage der Oberbergische Kreis.

In Oberberg werde derzeit gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein Integrationskonzept erarbeitet, das Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln ist. In

dieses Konzept sollen die anhand von Interviews in Kindergärten, Schulen, Sozialämtern, Jugendämtern und anderen in diesem Zusammenhang betroffenen Institutionen festgestellten Bedarfe aufgenommen werden. Das Konzept ist vom Kreistag in seiner letzten Sitzung dieses Jahres zu verabschieden.

Die Zielsetzungen des Kommunalen Integrationszentrums sind aus der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation zu entnehmen. An dem u.a. hierin aufgeführten „Rucksackprojekt“ werde z. B. der Marienheider DRK-Kindergarten teilnehmen.

Seitens des Ausschusses wird gefordert, dass der Spracherwerb vorrangig zu fördern sei. In diesem Zusammenhang teilt Herr Dr. Dickschen mit, dass das Integrationszentrum derzeit damit beschäftigt sei, die angebotenen Sprachkurse zu analysieren und zu koordinieren.

<b>3</b>	<b>Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) vom 08.03.2006</b>	Drucksache Nr. <b>BV/057/15</b>
----------	---	------------------------------------

Herr Garn erläutert die Vorlage und informiert den Ausschuss darüber, dass die Kostensteigerungen im OGS-Bereich vorrangig aus gestiegenen Trägerkosten resultieren. Dies sei darauf zurückzuführen, dass in der OGS Müllenbach zum Schuljahr 2015/2016 eine weitere Betreuungsgruppe eingerichtet werde und auch die OGS Marienheide um eine halbe Betreuungsgruppe erweitert werde. Darüber hinaus seien Personalkostensteigerungen geltend gemacht worden.

Verwaltungsseitig wurden zwei Varianten für eine Beitragserhöhung mit jeweils zugehöriger Änderungssatzung erarbeitet. Seitens des Ausschusses wird die Variante zwei präferiert, die in Form der dazugehörigen Änderungssatzung Gegenstand der Beschlussfassung ist.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) vom 08.03.2006 wird beschlossen.	

<b>4</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Der Ausschuss wird von Herrn Garn über folgende Sachverhalte informiert:

- Die Schulsozialarbeit werde befristet für die Jahre 2015 bis 2017 weitergeführt, da das Land NRW sich in diesem Zeitraum an den hierdurch entstehenden Kosten beteilige. Für Marienheide bedeute dies, dass Frau Brocksch als Mitarbeiterin der Caritas Oberberg, die bis zum 31.12.2014 bereits als Schulsozialarbeiterin im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets tätig war, seit dem 01.06.2015 diese Tätigkeit mit einem wöchentlichen Stundenumfang von 18,08 Std. weiterführe und vorrangig an den beiden Grundschulen tätig sein werde.
- Bezüglich der Kosten der schulischen Inklusion liegen erste Evaluierungsergebnisse vor. Erster Evaluierungstichtag war der 01.06.2015. Da zwischen dem Land NRW und den kommunalen Spitzenverbänden zur Frage der finanziellen Auskömmlichkeit der Inklusionskostenerstattungen (Konnextität) gewisse Differenzen bestehen, werde seitens der kommunalen Vertretungen aktuell geprüft, ob von einer bereits im Vorjahr in Erwägung gezogenen und spätestens bis 31.07.2015 einzulegenden Kommunalverfassungsbeschwerde Gebrauch gemacht werden solle. In diesem Zusammenhang habe die Gemeinde Marienheide auf eine vom Städte- und Gemeindebund NRW durchgeführte Umfrage zugesagt, sich an den Kosten des Gutachters und einer evtl. Klage finanziell zu beteiligen (Kostenobergrenze: 500 €).
- Der seitens der Unfallkasse NRW in der Zweifachhalle monierte fehlende Prallschutz werde entsprechend einer bestehenden Beschlussfassung durch den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss an den Längsseiten der Halle angebracht. Hierdurch erhoffe man sich auch eine Verringerung der beanstandeten Nachhallzeiten. Die Kosten dieser Maßnahme belaufen sich auf ca. 11.000 €. Zu klären sei noch, ob es sich um eine vom PPP-Betreiber geschuldete Leistung handele. Eine schriftliche Stellungnahme seitens des PPP-Betreibers hierzu liege noch nicht vor. Der Prallschutz werde in den Herbstferien angebracht.
- Um ein „Netzwerk Frühe Hilfen“, das zur Unterstützung von Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren dienen soll, zu installieren, habe verwaltungsseitig ein Treffen mit Vertretern des Verbands der Katholischen Kirchengemeinden im Oberbergischen Kreis stattgefunden, der vom örtlichen Träger der Jugendhilfe (Kreisjugendamt) als zuständige Institution mit der Einrichtung eines solchen Netzwerks für Marienheide beauftragt wurde. Derzeit werde eruiert, wer in Marienheide im Bereich Frühe Hilfen aktiv ist und diesbezüglich beteiligt werden könnte. Im September dieses Jahres sei das erste Treffen der Arbeitsgruppe „Netzwerk Frühe Hilfen“ geplant.
- Im Rahmen des Projektes „Lesen macht stark: Lesen und digitale Medien“, das in Kooperation zwischen der Gemeindebücherei Marienheide, der OGS Marienheide sowie der Gesamtschule Marienheide durchgeführt werde, sei

ein Antrag auf Fördermittel gestellt worden. Es seien Mittel in Höhe von rd. 17.000 € beantragt worden.

- Entlang des Radwegs von Marienheide in Richtung Wipperfürth seien an 17 Stellen Waldrettungspunkte angebracht worden, mit deren Hilfe im Notfall zur Standortsbestimmung GPS-Koordinaten an die Rettungsleitstelle übermittelt werden können.
- Bis zum Ende der Bewerbungsfrist für die Konrektorenstelle an der Heier Grundschule am 09.04.2015 sei keine Bewerbung eingegangen.

Hinsichtlich der Flüchtlingssituation benennt Herr Tesch die Anzahl der derzeit von der Gemeinde untergebrachten Flüchtlinge. Derzeit stünden zwar noch freie Kapazitäten zur Verfügung, jedoch müsse die Gemeinde Marienheide auch in nächster Zeit verstärkt mit Zuweisungen rechnen.

Darüber hinaus berichtet Herr Tesch, dass die von der Flüchtlingsinitiative für Marienheide ehrenamtlich eingerichteten Sprachkurse sehr gut besucht würden. Es würden neben Asylbewerbern auch Personen teilnehmen, die sich bereits seit längerer Zeit in Deutschland aufhalten, jedoch über wenige Sprachkenntnisse verfügen.

Das Engagement dieser Initiative wird seitens des Ausschusses gewürdigt.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Harald Kramer

Beate Dresbach-Bonzel

Gesehen:

Stefan Meisenberg  
Bürgermeister